

In Sachen Attraktivitätsoffensive ist unter der schwarz-gelben Landesregierung zu wenig passiert

Interview mit den beiden Vorsitzenden der Fraktion der Grünen NRW

Mit den beiden Fraktionsvorsitzenden Verena Schäffer (Mdl) und Wibke Brems (Mdl) haben der 2. Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Stefan Behlau, und der Chefredakteur des DBB NRW Magazins, Joachim Klein, ein Interview im Düsseldorf-Landtag geführt.



Wibke Brems, Stefan Behlau und Verena Schäffer (von links)

© Grüne Landtagsfraktion NRW

als Regierungsfraktion eine hohe Verantwortung, der wir uns bewusst sind und die wir aber gerne annehmen.

DBB NRW Magazin: Sie sind jetzt nicht mehr Oppositionspartei. Wie wirkt sich das auf die Arbeit der Fraktion aus?

Wibke Brems: Ja, wir stimmen uns natürlich eng mit unserem Koalitionspartner, der CDU, ab. Wir sind mit der CDU nicht immer einer Meinung. Aber in der Unterschiedlichkeit steckt auch eine Chance.

Und: Natürlich ist das Arbeiten in der Fraktion einer Oppositionspartei ganz anders als in einer Fraktion in Regierungsverantwortung.

DBB NRW Magazin: Die Forderung des dbb beamtenbund und tarifunion zur anstehenden Einkommensrunde von Bund und Kommunen beträgt 10,5 Prozent, aber mindestens 500 Euro. Hat Sie die Forderung überrascht?

Verena Schäffer: Die Forderung hat mich nicht gänzlich überrascht. Aber ich glaube, dass die Politik gut daran tut, sich nicht in Tarifverhandlungen einzumischen. >

DBB NRW Magazin: Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wiederwahl, Frau Schäffer, beziehungsweise zu Ihrer Wahl, Frau Brems, zur Fraktionsvorsitzenden.

Nach der erfolgreichen Landtagswahl verfügt Ihre Partei über 39 Abgeordnete. Wie haben Sie sich jetzt aufgestellt?

Verena Schäffer: Zunächst einmal sind wir froh und glücklich

über dieses Wahlergebnis. Mit 39 Abgeordneten ist das die größte Grünen-Fraktion, die es jemals in Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

Wibke Brems: Wir waren noch nie so vielfältig wie jetzt – was das Alter angeht, das Geschlecht. Bei uns sind rund 60 Prozent aller Abgeordneten weiblich bzw. Menschen mit

und ohne Migrationsgeschichte. Viele unserer Abgeordneten haben jüngere Kinder und ein Abgeordneter ist Rollstuhlfahrer. Wir sind sehr vielfältig und darauf sind wir stolz.

Verena Schäffer: In diesen Zeiten mit Putins Angriffskrieg auf die Ukraine, der resultierenden Energiekrise und der Coronapandemie tragen wir

4 Einkommensrunde 2023

Andreas Hemsing:
Höhe der Forderung
berechtigt



© DBB NRW/Peter Weihs

6 Erfolgreiche Nachwahlen

Sitzung der
DBB Tarifkommission NRW



© DBB NRW

7 Andreas Bartsch bestätigt

Präsident des
nordrhein-westfälischen
Lehrerverbandes



© Alexander Sucrow/NRWL



Im Gespräch: Stefan Behlau, Joachim Klein, Verena Schäffer und Wibke Brems (von links)

© Grüne Landtagsfraktion NRW

Auf der einen Seite muss es darum gehen, dass der öffentliche Dienst attraktiv bleibt. Das hat natürlich auch etwas mit der Besoldung zu tun. Und andererseits ist es natürlich auch kein Geheimnis, dass die aktuellen Krisen auch die öffentlichen Kassen belasten. Beides muss man in Einklang bringen. Warten wir ab, wie die Verhandlungen ausgehen.

DBB NRW Magazin: Auch für die Beschäftigten in der NRW-Landesverwaltung machen sich die Inflation und die hohen Energiekosten bemerkbar. Welche kurzfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten sind aus Ihrer Sicht notwendig und machbar?

Wibke Brems: Als Erstes muss man feststellen, dass die Energiepreisentwicklung damit zusammenhängt, dass Deutschland über Jahrzehnte die Abhängigkeit von Kohle, Gas und Öl nicht so reduziert hat, wie es möglich gewesen wäre. Es rächt sich jetzt, dass zu wenig in erneuerbare Energien investiert wurde. Und die Abhängigkeit ist mit dem Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine noch einmal besonders deutlich geworden.

Die Bundesregierung hat mit ihren drei Entlastungspaketen und der Strom- und Gaspreisbremse bereits viel getan. Davon profitieren alle. Wir müssen allerdings auch sagen, dass nicht alles, was an Mehrbelastung auf uns zukommt, vom Staat aufgefangen werden kann.

Auch mit Blick auf den öffentlichen Dienst ist es mir sehr wichtig, dass wir die unteren und mittleren Einkommensgruppen im Blick behalten.

Verena Schäffer: Ich möchte gerne zwei Dinge ergänzen. Erstens das Thema Mobilität, das natürlich auch für viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst ein wichtiges Thema ist. Wenn jetzt das 49-Euro-Ticket als Nachfolger des 9-Euro-Tickets kommt, dann trägt das auch zu einer Entlastung bei. Und es hilft dem Klima.

Und zweitens hat die schwarz-grüne Landesregierung jetzt beschlossen, dass die 300-Euro-Energiepreispauschale auch für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ausgezahlt werden soll. Das halte ich für besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass bei der letzten Tarifrunde

für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger die Coronasonderzahlung nicht erhalten haben.

DBB NRW Magazin: Leerstellen und Nachwuchssorgen sind im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen leider über alle Ressorts hinweg zu beklagen. Die vom DBB NRW geforderte Attraktivitätsoffensive für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen ist ein Weg, um hier mittelfristig eine Verbesserung zu erzielen. Was ist Ihre Position, wie wollen Sie dem öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen helfen?

Wibke Brems: Einfache Antworten gibt es hier nicht. Es gibt einen hohen Bedarf an Nachwuchskräften und in der Wirtschaft können andere Preise gezahlt werden.

Wir haben in der Vergangenheit kritisiert, dass in Sachen Attraktivitätsoffensive unter der schwarz-gelben Landesregierung zu wenig passiert ist. Wir haben jetzt im schwarz-grünen Koalitionsvertrag mehrere Maßnahmen vereinbart, darunter auch das Thema A 13

für Lehrkräfte. Das gehen wir bereits im Nachtragshaushalt an, trotz der auf uns zu laufenden angespannten Haushaltslage. Dies ist ein wichtiges Signal für Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen und der Sekundarstufe I.

Verena Schäffer: Ich finde im Übrigen schon, dass der öffentliche Dienst insgesamt attraktiv ist – auch und gerade für Menschen, die Vereinbarkeitsfragen zu lösen haben. Hier wollen wir noch ein wichtiges Signal setzen, indem wir die (AVZ) Bund Arbeitszeitverordnung Bund, auch für Nordrhein-Westfalen umsetzen möchten. Ziel ist es, dass man dann jeweils um eine Stunde reduzieren kann, sofern zu betreuende Kinder unter zwölf oder zu pflegende Angehörige vorhanden sind.

Und wir müssen gemeinsam mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften das Thema Homeoffice und mobiles Arbeiten angehen. Bislang gibt es keine einheitliche Regelung für alle Ressorts der Landesregierung.

Es gibt Vor- und Nachteile von Homeoffice. Wenn ich mein Kind in die Kita oder zur Schule

bringe, dann schnell nach Hause gehen und das Notebook aufklappen kann, dann spare ich die gesamte Fahrzeit zum Arbeitsplatz und zurück.

Aber klar ist, dass Beschäftigte auch einen Schreibtisch an ihrem Arbeitsplatz haben und dass es zu keiner zeitlichen Entgrenzung kommen darf. Es muss geregelte Arbeitszeiten geben. In diesem Spannungsfeld bewegt man sich.

Wibke Brems: Ergänzen möchte ich noch, dass uns als weiblicher Doppelspitze besonders am Herzen liegt, Frauen auch in Führungspositionen zu bringen. Da haben wir auf allen Ebenen noch einiges zu.

DBB NRW Magazin: Bei dem jüngsten Interview für das DBB NRW Magazin mit dem neuen Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion NRW, **Henning Höne**, hat er in Bezug auf die Passage im Koalitionsvertrag in NRW, in dem von der Einführung der pauschalierten Beihilfe die Rede ist, von der Vorbereitung des Einstiegs in den Ausstieg aus der PKV gesprochen. Hat er damit Recht?

Wibke Brems: Hier übertreibt Herr Höne ganz bewusst. Wir

wollen eine Auswahlmöglichkeit anbieten. Dass der FDP-Fraktionsvorsitzende als Liberaler eine solche Auswahlmöglichkeit nicht möchte, das überrascht. Es geht uns nur um neue, erstmalig ernannte Beamtinnen und Beamte. Diese sollen die Möglichkeit bekommen, zwischen der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung zu wählen.

Das ist für uns auch eine Frage der Attraktivität. Die Beamtin beziehungsweise der Beamte kann selbst entscheiden, wie sie oder er sich versichern möchte. Wir meinen, dass dies auch einen positiven Effekt auf die Attraktivität des öffentlichen Dienstes haben könnte.

DBB NRW Magazin: Anlässlich der Messerattacke im Haus der Integration in Wuppertal hat der DBB NRW gefordert, dass das bereits von der Vorgängerregierung angekündigte Sicherheitskonzept jetzt zur Chefsache werden müsse. Auch der neue Koalitionsvertrag befasst sich mit Gewalt, Hass und Hetze gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Verena Schäffer: Zunächst einmal: Es ist mir völlig unverständlich, dass gerade die-

jenigen, die sich für das Allgemeinwohl einsetzen, zum Beispiel Rettungskräfte, Feuerwehrleute, Polizistinnen und Polizisten, aber auch viele andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst, immer wieder Angriffen ausgesetzt sind.

Dies ist absolut zu verurteilen, es muss jede Straftat zur Anzeige gebracht und Straftäter solcher Straftaten auch verfolgt werden.

Das Thema Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sollte auch Gegenstand der Aus- und Fortbildung werden. Wir wissen durch Untersuchungen, dass beispielsweise Deeskalation dazu beitragen kann, dass es erst gar nicht zu Gewalt kommt. Wichtig sind zudem Beratungs- und Anlaufstellen für die betroffenen Beschäftigten, denn Gewalt – auch verbale Gewalt – hinterlässt oftmals Spuren.

DBB NRW Magazin: Zuletzt eine parteipolitische Frage, wenn Sie gestatten: Der Bundesparteitag der Grünen Mitte Oktober hat gezeigt, dass sich Ihre Partei derzeit von wichtigen Positionen wegen der aktuellen Lage vorübergehend verabschiedet. Teilen die Grü-

nen in NRW die Beschlusslagen und wie ist die Akzeptanz in der Parteibasis?

Wibke Brems: Wir sind auf Bundesebene und in vielen Länderparlamenten in der Verantwortung. Man sieht an den Beschlüssen des Parteitages, dass wir nicht krampfhaft an etwas festhalten, weil wir vor ein paar Jahren gesagt haben, das ist der richtige Weg. Wir leben in einer Gleichzeitigkeit der Krisen.

Gerade beim Thema Energie stehen wir vor der Aufgabe, die Versorgung sicherzustellen. Für die Menschen, aber auch für die Wirtschaft.

Wir sind jedoch auch deshalb in dieser schwierigen Situation, weil über viele, viele Jahre nicht genügend in erneuerbare Energien investiert worden ist. Die Vergangenheit können wir nicht ändern, aber die Zukunft, die können und wollen wir gestalten.

DBB NRW Magazin: Rumort es denn hier nicht an der Basis in Nordrhein-Westfalen bei den Grünen?

Wibke Brems: Das sehe ich nicht. Die Basis ist ja auch auf dem Bundesparteitag vertreten. Das ist bei uns anders als bei den anderen Parteien. Natürlich wird diskutiert und es werden Fragen gestellt. Aber als Rumoren würde ich das keinesfalls bezeichnen.

Verena Schäffer: Diese Partei will Verantwortung übernehmen. Wir haben von den Wählerinnen und Wählern einen Auftrag bekommen. Und man spürt sehr stark in dieser Partei, dass alle damit sehr verantwortungsvoll umgehen. Das heißt natürlich nicht, dass wir von unseren Idealen abrücken. Wir müssen aber jetzt auf die Krisen reagieren.

DBB NRW Magazin: Herzlichen Dank für das Gespräch. ■



Im Interview mit dem DBB NRW Magazin

© Grüne Landtagsfraktion NRW

Andreas Hemsing: Die Beschäftigten brauchen positive Signale bei der Bezahlung

Einkommensrunde für Beschäftigte von Bund und Kommunen

10,5 Prozent lineare Erhöhung, mindestens 500 Euro, bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von zwölf Monaten. Das sind die Forderungen des dbb beamtenbund und tarifunion für die kommende Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen, die am 11. Oktober 2022 vom Vorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion, Ulrich Silberbach, vorgestellt wurden.



Andreas Hemsing

© DBB NRW/Peter Weihs

Silberbach erwartet schwere Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund

und Kommunen. Wir haben bei dem Vorsitzenden der DBB Tariftkommission NRW, Andreas

Hemsing, einmal nachgefragt, der als stellvertretender Vorsitzender der Bundestarifkommission bei der bevorstehenden Tarifrunde mit am Verhandlungstisch sitzen wird.

Wir haben ihn gefragt, ob er denn genügend Argumente zur Durchsetzung der Forderungen hat und wie seiner Meinung nach die Arbeitgeber in die Verhandlungen gehen werden.

Andreas Hemsing: „Angesichts der aktuellen politischen Lage mit Energiekrise und hoher Inflation, der angehobenen Grundversorgung und der Höhe an diversen Unterstützungsleistungen seitens des Bundes ist die Forderung mehr als berechtigt.“

Die Kolleginnen und Kollegen halten unsere Infrastruktur bei zunehmendem Personal-mangel und steigender Arbeitsbelastung kontinuierlich

aufrecht. Die Beschäftigten brauchen positive Signale bei der Bezahlung. Der öffentliche Dienst als Ganzes benötigt dringend mehr Attraktivität, damit er bei der Nachwuchsgewinnung nicht dauerhaft das Nachsehen hat.“

Beschäftigte müssen sich geschlossen hinter unsere Forderungen stellen

„An Argumenten für unsere begründeten Forderungen mangelt es nicht. Dennoch werden uns die Arbeitgeber nichts schenken. Wir gehen in ganz schwierige Verhandlungen. Umso wichtiger ist es, dass die Beschäftigten sich geschlossen hinter die Forderungen stellen und sich aktiv mit uns dafür einsetzen. Davon hängt unser Erfolg und unsere Durchschlagskraft am Verhandlungstisch entscheidend ab“, so der Vorsitzende der DBB Tariftkommission NRW. ■

Energiepreispauschale für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger kommt

Anhörung zum Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt 2022 im Landtag NRW

Roland Staude, der Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, freut sich für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in Nordrhein-Westfalen: denn mit dem dritten Entlastungspaket sollen auch sie endlich eine 300-Euro-Energiepreispauschale erhalten.

Dies war eines der ganz wichtigen Themen bei der Anhörung zum Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt 2022 am 20. Oktober 2022 im nordrhein-westfälischen Landtag.

Gute Nachrichten für Nordrhein-Westfalen

Als die Bundesregierung am 4. September ihr drittes Entlastungspaket präsentierte,



Roland Staude

© DBB NRW/Peter Weihs

hieß es zwar, dass neben den Rentnerinnen und Rentnern endlich auch die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger eine 300-Euro-Energiepreispauschale erhalten sollen. Dieses Versprechen galt aller-

dings nur auf Bundesebene. Deshalb forderte der DBB NRW bereits am 5. September 2022 von der Landesregierung die schnelle Umsetzung des Gesetzes auch in NRW.

UG

Berufspolitik

Vorsitzende des DBB NRW bei Ministerpräsident Hendrik Wüst

Auftaktgespräch in guter Atmosphäre

Am Freitag, dem 30. September, empfing Ministerpräsident Hendrik Wüst in der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei Roland Staude und Stefan Behlau, die Vorsitzenden des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion. Trotz der vielfältigen gegenwärtigen Krisen verlief dieser erste Austausch angenehm entspannt und überaus offen.

DBB NRW begrüßt Einstieg in die Anhebung der Eingangsbesoldung für alle Lehrämter auf A 13

Roland Staude und Stefan Behlau brachten zum Ausdruck, dass sie es sehr begrüßen, dass der Entwurf des Nachtragshaushalts die Umsetzung von A 13 in der Lehrerbesoldung für alle Lehrkräfte an allen Schulformen vorsehe. Die Umsetzung dieser langjährigen Forderung des DBB NRW sei ein wichtiger Schritt zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs.

Positionen des DBB NRW zum Entlastungspakt Nr. 3

Ein zentrales Thema des Gesprächs war unter anderem

das dritte Entlastungspaket und die damit verbundenen Maßnahmen, die während dieses Termins noch zwischen Bund und Ländern verhandelt wurden. Roland Staude und Stefan Behlau nutzten die Gelegenheit, um die Positionen des DBB NRW in die gegenwärtige Diskussion einzubringen.

Beschäftigte kurzfristig vor Auswirkungen von Inflation und Energiekostenexplosion schützen

Das zweite große Thema waren die Einkommensrunden 2023. In diesem Zusammenhang verwies der DBB NRW darauf, dass angesichts der vielfältigen Krisen ein akzeptabler Tarifabschluss ausgesprochen



Roland Staude, Hendrik Wüst und Stefan Behlau (von links)

© DBB NRW

wichtig sei, um die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes kurz- und mittelfristig vor den Auswirkungen von Inflation und Energiekostenexplosion zu schützen.

Langfristig sei dies zudem von elementarer Bedeutung, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber im Wettbewerb gegen die Privatwirtschaft zu stärken. Denn der Fachkräftemangel nage in-

zwischen stark an der Substanz und Leistungsfähigkeit des Staates.

Ministerpräsident **Wüst** diskutierte die Positionen des DBB NRW sehr offen und interessiert. Er zeigte Verständnis für die Lage der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und sicherte die konstruktive Dialogbereitschaft seiner Landesregierung zu.

UG

Berufspolitik

DBB NRW besucht SPD-Fraktionsspitze

Angeregter Austausch zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes

Auf Einladung des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Kutschaty, besuchte der DBB NRW am 25. Oktober 2022 die Fraktionsspitze der SPD zu einem gedanklichen Austausch. Diskutiert wurde eine große Bandbreite gewerkschaftspolitischer Themen, insbesondere zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes.

Die Vertreter des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion vermittelten der SPD-Fraktionsspitze einen umfassenden Eindruck über die zurzeit zentralen gewerkschaftspolitischen Themen.

Fachkräftemangel muss überwunden werden

Dabei nahm das Thema „Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes“ eine zentrale Rolle ein. **Thomas Kutschaty** ver-

wies hier auf die inzwischen fast 24 000 Leerstellen. Statt immer noch mehr Stellen auszu-schreiben, gelte es nun, offene Stellen auch zu besetzen.

Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW, merkte dazu an, dass diese Zahl ein Indiz dafür sei, dass in puncto Attraktivitätssteigerung akuter Handlungsbedarf bestehe. Staude: „Im Koalitionsvertrag steht zu wenig zu dem Thema. Wir hätten uns von der Landesregierung ein Aufgreifen unserer Vorschläge zu einem ganzheitlichen Attraktivitätskonzept gewünscht.“

Allgemeine Einigkeit herrschte darin, dass der Einstieg in die Eingangsbesoldung für alle Lehrämter in A 13 ein wichtiger Schritt zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs in NRW sei. Der DBB NRW stellte aber fest, dass dies nun zum Anlass einer generellen Überprüfung des Laufbahnrechts genommen werden müsse. Staude: „Es gilt jetzt, eine Unwucht innerhalb der Laufbahnen zu vermeiden und es müssen Perspektiven der beruflichen Weiterentwicklung geschaffen werden.“ Auch die SPD unterstrich hier die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes.



Andreas Bartsch, Jochen Ott, Roland Staude, Thomas Kutschaty, Erich Rettinghaus, Stefan Behlau, Himmet Ertürk und Christian Dahm (von links)

© DBB NRW

Thomas Kutschaty: „Dazu gehören insbesondere das Thema Arbeitszeit und familienfreundlicher öffentlicher Dienst. Es stehen jedes Jahr dreistellige Millionenbeträge

im Haushalt durch Personal-minderausgaben bereit, mit denen auch monetäre Verbesserungen schnell umsetzbar sind. Hier darf die Landesregierung keine Zeit verlieren und

muss einen echten Dialog auf Augenhöhe mit den Gewerkschaften beginnen.“

Thomas Kutschaty bedankte sich für das offene Gespräch

und signalisierte die Bereitschaft seiner Partei für weitere bilaterale Gespräche.

Seitens des DBB NRW nahmen neben dem Vorsitzenden Roland Staude und dem Zweiten Vorsitzenden **Stefan Behlau** auch die stellvertretenden Vorsitzenden **Andreas Bartsch**, **Himmet Ertürk** und **Erich Rettinghaus** teil. Für die SPD-Landtagsfraktion nahmen **Thomas Kutschaty** sowie die Landtagsabgeordneten **Christian Dahm**, **Elisabeth Müller-Witt**, **Jochen Ott** und **Sven Wolf** teil.

UG

DBB Tarifkommission NRW

Marcus Najemnik zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt

Sitzung der DBB Tarifkommission NRW mit Nachwahlen

Die Einkommensrunden 2023 stehen vor der Tür. Und sie waren auch bestimmendes Thema auf der Sitzung der DBB Tarifkommission NRW am 28. September 2022. Um hier optimal aufgestellt zu sein, stand die Nachwahl von drei neuen Vorstandsmitgliedern an.

Starker Rückhalt für die Neugewählten

Klarer hätte das Ergebnis nicht ausfallen können: Alle drei Nominierten gewannen ihre Wahl ohne Gegenstimmen. **Marcus Najemnik**, seit 20 Jahren im Verband der Landes-Beamten-, -Angestellten und -Arbeiter (vdla) Nordrhein-Westfalen und dort bereits Leiter der Tarifkommission, rückt als stellvertretender Vorsitzender in den geschäftsführenden Vorstand ein. Damit tritt er die Nachfolge des verstorbenen **Matthias Marx** an und arbeitet zukünftig Seite an Seite mit dem Vorsitzenden **Andreas Hemsing** und der stellvertretenden Vorsitzenden **Sandra van Heemskerck**.

Außerdem wurden auch zwei Vorsitzende der Koordinierungsgruppen neu gewählt. **Rita Mölders**, seit 1993 im Verband Bildung und Erziehung (VBE) NRW, wird zukünftig die Koordinierungsgruppe Lehrkräfte leiten. Und an die Spitze der Koordinierungsgruppe

TV-L tritt **Dirk Wildschütz**, seit 1998 in der vdla und dort stellvertretender Landesvorsitzender. Er übernimmt das Amt von seinem Vorgänger **Ralf Muckenhaupt**.

Tarifeinheitengesetz und Einkommensrunden 2023

In seinem Bericht stellte der Vorsitzende der DBB Tarifkommission NRW, **Andreas Hemsing**, den aktuellen Sachstand zum Thema Tarifeinheitengesetz vor. **Hemsing**: „Das Tarifeinheitengesetz stellt für uns eine Einschränkung der Wahl- und Meinungsfreiheit für die Be-

schäftigten dar und gehört abgeschafft.“ Und das, so **Hemsing**, gelte es, politisch als Ziel zu verfolgen.

Mit Blick auf die Einkommensrunden 2023 wies **Hemsing** darauf hin, dass die Rahmenbedingungen sehr herausfordernd für einen akzeptablen Tarifabschluss seien. Hier werde Solidarität und damit Sichtbarkeit gegenüber den Arbeitgebern notwendig sein, um dieses Ziel zu erreichen: „Ein Schulterschluss zwischen Tarifbeschäftigten und Beamten ist von zentraler Bedeutung für die Forderungsfindung.“

UG



Ein starkes Team: Marcus Najemnik, Rita Mölders, Andreas Hemsing, Sandra van Heemskerck und Dirk Wildschütz (von links)

© DBB NRW

Frauen wieder präsent

DBB Frauenvertretung NRW tagte wieder in Präsenz

Am 26. September 2022 fand die 3. Sitzung der DBB Frauenvertretung NRW – seit über einem Jahr erstmals wieder in Präsenz – unter der Leitung der Vorsitzenden Diana Wedemeier in der Landesgeschäftsstelle des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion in Düsseldorf statt.

Man merkte den anwesenden Kolleginnen deutlich an, wie sehr sie den persönlichen Austausch genossen. Dementsprechend war die Sitzung auch

geprägt durch eine lebhaft Diskussionsrunde um aktuelle gewerkschaftliche Themen und die Berichte aus den Verbänden.



Blick in die Sitzung der DBB NRW Frauenvertretung

Eingehend erörtert wurde die Situation von Frauen im Gerichtsvollzugsdienst, insbesondere die aktuelle Gefährdungslage und die finanziellen

Belastungen aufgrund des Beschäftigungsverbots im Falle einer Schwangerschaft sowie in der Elternzeit.

DW

DBB intern

Andreas Bartsch als NRW-Präsident bestätigt

Präsidiumssitzung des nordrhein-westfälischen Lehrerverbandes

Andreas Bartsch ist als Präsident des nordrhein-westfälischen Lehrerverbandes (NRWL) einstimmig bestätigt worden. Der stellvertretende Vorsitzende des DBB NRW und Hauptgeschäftsführer des Philologenverbandes (PhV) NRW wurde bei der jüngsten Präsidiumssitzung ohne Gegenstimme gewählt und führt den Verband nun für weitere drei Jahre.

Ralf Laarmanns, Geschäftsführer des Verbands der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs (vlbs) in NRW, bleibt für die kommenden drei Jahre weiter Schatzmeister des NRW; er

wurde ebenfalls ohne Gegenstimme im Amt bestätigt. Weitere Präsidiumsmitglieder des Lehrerdachverbandes sind Sabine Mistler (PhV NRW), Hilmar von Zedlitz-Neukirch, Verband



Das alte/neue NRW-Präsidium: Patrick Albrecht, Sabine Mistler, Andreas Bartsch, Michael Suermann, Christina Tharra, Ralf Laarmanns und Hilmar von Zedlitz-Neukirch (von links); nicht im Bild: Frank Flanze

der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (vLw) NRW und Michael Suermann (vlbs) jeweils als stellvertretende Präsidenten, Beisitzerin ist

Christine Tharra (vLw) und die Geschäftsführer sind Frank Flanze vLw NRW und Patrick Albrecht (PhV NRW).

Wolfgang Weber wiedergewählt

Beim DBB Kreisverband Coesfeld standen Neuwahlen an

Im Kreisverband Coesfeld standen Neuwahlen auf dem Programm. Der langjährige Vorsitzende Wolfgang Weber von der komba erhielt in krankheitsbedingter Abwesenheit das einstimmige Vertrauen.

Neu gewählt wurde als 2. Vorsitzende Claudia Bögeholz, da der bisherige Amtsinhaber Bernhard Parthe nunmehr als Beisitzer seine Erfahrung in der Vorstandsarbeit weitergeben möchte. Komplettiert wird der Vorstand des KV Coesfeld vom Kassenwart Michael Hüby und dem Schriftführer Gregor Wald.

Achim Hirtz, Vorstandsmitglied des DBB NRW, hat in seinem gewerkschaftspolitischen Lagebericht die Arbeit des DBB Vor-

stands erläutert und besonders auf die Zahlung der Energiepauschale in Höhe von 300 Euro an die Versorgungsempfänger/

-innen hingewiesen. Diese war am selben Tag Thema in der Anhörung zum Nachtragshaushalt und wird vom DBB NRW ausdrücklich begrüßt. Im Anschluss an die Veranstaltung wurden noch weitere gewerkschaftliche Themen diskutiert.



Das Foto zeigt den erweiterten Vorstand des DBB Kreisverbandes Coesfeld

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (1. Vorsitzender). Telefon: 0211.491583-0. Telefax: 0211.491583-10. E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de. Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Joachim Klein

Redaktion: Diana Wedemeier, Uwe Groß und Markus Klügel
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 44, gültig ab 1.1.2022. **Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

Jugend trifft Politik – im Dialog mit Entscheidungsträgern

dbb jugend nrw lud zum 2. Parlamentarischen Abend „Meet & Greet – Jugend trifft Politik“ ein

Mit Politikern auf Augenhöhe in den direkten Dialog treten und Probleme offen ansprechen – diese Möglichkeit bot die dbb jugend nrw ihren Mitgliedern mit dem 2. Parlamentarischen Abend „Meet & Greet – Jugend trifft Politik“ Ende September. Rund 40 Menschen folgten der Einladung des Jugendgewerkschaftsverbandes ins Düsseldorfer Maxhaus.

Aus der Politik waren Vertreterinnen und Vertreter von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP erschienen. In lockerer Runde wechselten die Anwesenden von Stehtisch zu Stehtisch und tauschten sich über verschiedene Themen aus. Dabei platzierten die jungen Mitglieder aus der Finanzverwaltung beispielsweise andere Themen als die jungen Beschäftigten der Kommunen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Justiz brachten andere Anliegen zu Sprache als die Lehrkräfte. Da

viele fachpolitische Sprecherinnen und Sprecher sowie Zuständige vor Ort waren, gab es für jedes Thema eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner. Die Landespolitikerinnen und Landespolitiker stellten sich den verschiedenen Anliegen und ermöglichten den direkten Austausch mit den jungen Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst.

Warum dieser Austausch so wichtig ist, machte die Vorsitzende der dbb jugend nrw,

Susanne Aumann, in ihrem Grußwort deutlich: „Das Ringen um die besten Köpfe muss im 21. Jahrhundert ankommen, sonst sieht es düster aus für den öffentlichen Dienst. Behörden müssen ihre Arbeitsbedingungen anpassen und moderner, digitaler sowie flexibler werden. Wir haben einige Ideen zu den Themen, die uns als Jugend im öffentlichen Dienst beschäftigen, und wir freuen uns, dazu heute mit Ihnen in den Austausch zu treten.“

Besonders freute sich die Jugendorganisation des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion an diesem Abend darüber, dass viele neue Gesichter den Weg zur Veranstaltung fanden und mit **Dr. Dr. Dmytro Nykonenko** auch ein langjähriger Freund der dbb jugend nrw aus der Ukraine am Parlamentarischen Abend teilnahm.



Eröffnet wurde der Parlamentarische Abend durch Landesjugendleiterin Susanne Aumann

© dbb jugend nrw (2)

Während es in der Altstadt bereits ruhiger und in den Lokalen leerer wurde, leuchtete im Klosterhof des Maxhauses noch bis spät in den Abend hinein das Licht. Je später der Abend wurde, desto intensiver wurden die Gespräche an den Tischen und viele Verabredungen für den weiteren Austausch von Gedanken und Argumenten wurden getroffen.

Der Abend war ein voller Erfolg – die dbb jugend nrw freut sich über alle, die diesem Abend beigewohnt haben und bedankt sich bei der BBBank für die großzügige Unterstützung bei der Durchführung dieses tollen Events. **MK**



Rund 40 Personen trafen sich zum lockeren Austausch im Düsseldorfer Maxhaus